

Haushaltsbegleitantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und SPD
zum Haushaltsentwurf der Landeshauptstadt Mainz 2025
zur Stadtratssitzung am 16. Dezember 2024

Finanzpolitische Stabilität für ein zukunftsfähiges Mainz

Mainz steht vor der zentralen Herausforderung, finanzielle Stabilität mit einer dynamischen und zukunftsorientierten Stadtentwicklung in Einklang zu bringen. Als Koalition haben wir eine klare Vision: Wir übernehmen Verantwortung für die Stadt und ihre Menschen, indem wir das Vermögen der Stadt verantwortungsvoll verwalten und zukunftsgerichtet investieren, so dass Mainz nicht nur heute, sondern auch morgen lebenswert bleibt.

Wir möchten die Grundlage für eine soziale, ökologische und ökonomisch starke Entwicklung der Stadt schaffen und dabei zukünftige Generationen nicht durch unverantwortliche Schulden belasten.

Der Boom in der Biotechnologie und die damit verbundenen zeitweiligen Steuermehreinnahmen haben dazu beigetragen, dass Mainz in den vergangenen Jahren erheblich Schulden abbauen und gleichzeitig wichtige Investitionen tätigen konnte. Sinkende Steuereinnahmen, die Belastungen durch den kommunalen Finanzausgleich und die unzureichende Gegenfinanzierung von durch Bund und Land beschlossenen Maßnahmen erfordern jedoch nun eine konsequente Ausrichtung auf einen Abbau der erwartbaren Defizite durch Effizienzsteigerungen, verantwortbare Einnahmeverbesserungen und gezielte Einsparmaßnahmen.

Unser Ziel ist es, in Zukunft wieder ausgeglichene Haushalte vorzulegen. Abgesehen von außergewöhnlichen Situationen sollen künftig neue Kredite ausschließlich zur Finanzierung von Investitionen dienen, die nachhaltig die Lebensqualität in Mainz verbessern – etwa in den Bereichen Bildung, Sicherheit, Verkehr, Klimaschutz, Stadtentwicklung und Wirtschaft.

Wir setzen uns für eine sozial gerechte und inklusive Politik in Mainz ein, die alle Menschen in den Blick nimmt und für mehr Chancengerechtigkeit von jung bis alt sorgt. Der Ausbau bezahlbaren Wohnraums, die Gestaltung attraktiver Arbeitsplätze und die Integration von Geflüchteten und benachteiligter Gruppen gehören dazu.

Wir investieren weiter in die Mainzer Kultur und sorgen für ein vielfältiges Angebot an kultureller Bildung und Teilhabe für alle Menschen in Mainz.

In unserem Koalitionsvertrag dokumentieren wir unsere Vorstellungen wie dieser Weg konkret aussieht.

Finanzpolitische Stabilität ist die Grundlage für ein Mainz, das wirtschaftlich, sozial und ökologisch zukunftsfähig ist. Wir wollen zeigen, dass solide Haushaltsführung und mutige Investitionen Hand in Hand gehen können. Mit einer klaren Strategie, einem starken Fokus auf Verantwortung und einer engen Zusammenarbeit mit Verwaltung und Bevölkerung schaffen wir ein Mainz, das nicht nur finanziell stabil, sondern auch lebendig und lebenswert ist.

Der Haushaltsentwurf der Verwaltung ist über mehrere Monate intensiv und detailliert erarbeitet worden. Wir orientieren uns mit den hier vorgeschlagenen Veränderungen an den Grundstruktur und den finanziellen Zielen des Verwaltungsentwurfs. Dieser Haushaltsbegleitantrag ist ein erster Schritt, um als Stadtrat politische Akzente zu setzen. In den nächsten Monaten und Jahren werden wir bei der konkreten Planung von Haushalten und Stellenplänen die Expertise der Verwaltung nutzen, um mit ihr gemeinsam die Ziele des Koalitionsvertrags vollumfänglich umzusetzen.

Der Stadtrat möge beschließen:

Grundsteuer

Die Auswirkungen der Grundsteuerreform sind noch nicht abschließend bezifferbar. Wir wollen die Verteilung von Ent- und Belastungen bei der kommunalen Ausgestaltung berücksichtigen und die Einnahmesituation der Stadt auf Dauer stabilisieren. Deshalb wird die Verwaltung beauftragt, zu prüfen, welche konkreten rechnerischen Auswirkung die Grundsteuerreform auf die Steuerlast nicht-gewerblicher, gewerblicher und sonstiger Grundstücke hat und welche neuen Potenziale rechtssicher durch die neue Bundes- und der angekündigten Landesgesetzgebung bezüglich der Hebesätze entstehen.

Deshalb wird der aktuelle Hebesatz von 480 Punkten für die Grundsteuer B nicht angehoben. Für unbebaute, baureife Grundstücke soll die Einführung der Grundsteuer C ab 2025 geprüft werden. Die Verwaltung wird beauftragt zeitnah dem Stadtrat eine Einschätzung vorzulegen, welche Wirkung die Einführung hätte.

Vergnügungssteuer

Die Vergnügungssteuer wird über die kommenden Jahre nur stufenweise angehoben, um den mittelständischen Betriebe Planungssicherheit zu geben, ihre Kostenstrukturen anzupassen und die Gefahr des Ausweichens ins illegale Glücksspiel zu reduzieren.

Der Satz wird für 2025 auf 22% festgelegt und für 2026 sollen 25% gelten.

Die Vergnügungssteuer wird für Tanzveranstaltungen weiter ausgesetzt, um die wirtschaftliche Belastung von Kulturveranstaltern, insbesondere Clubs, zu mildern und damit nicht zuletzt Arbeitsplätze zu sichern.

Hundesteuer

Hunde aus dem städtischen Mainzer Tierheim bleiben von der Hundesteuer befreit.

Beitragshöhe Essensbeiträge

Der Jugendhilfeausschuss (JHA) hat in seiner Sitzung vom 26.11. seinen Teilhaushalt mit der Ergänzung einstimmig beschlossen, dass die Facharbeitsgruppe Kindertagesförderung selbst über die zukünftige Beitragshöhe für die Essensbeiträge in städtischen Kitas ab dem Kitajahr 2025/26 entscheiden soll. Wir begrüßen ausdrücklich, dass die bisherige Beitragsregelung bis zum Beginn des Kitajahres 2025/26 erhalten bleibt und Familien keine Mehrkosten entstehen.

Standgebühren

Die Gebühren für Messen und Märkte (Rheinfrühling, Weihnachtsmarkt etc.) sollen aufkommensgerecht festgesetzt werden.

Sachkosten

Bei den Sachkosten soll eine weitere pauschale Reduktion um 1 Mio. € eingeplant werden

OPEN OHR Festival

Die Auswirkungen des veränderten Zuschusses für das OPEN OHR Festival auf die Ticketpreise, Besucherzahlen sowie die Kosten für Sicherheit, Künstler:innen und Technik sollen geprüft werden, um die Zukunftsfähigkeit des Festivals dauerhaft zu sichern und das niedrigschwellige Kulturangebot weiterhin attraktiv und vor allem sozialverträglich bezahlbar für insbesondere jüngere Menschen zu halten.

Baustellenmarketing

Wo es nötig ist, wird in Mainz gebaut. Größere Baumaßnahmen können länger dauern und führen zu Einschränkungen bei Gewerbe und Einzelhandel. Damit diese nicht die Existenz bedrohen, wollen wir durch die Einführung eines Budgets in Höhe von 100.000 Euro für Baustellenmarketing im Rahmen der Wirtschaftsförderung die hier entstandenen Schäden helfen abzufedern.

Kultur in Mainz

Wir begrüßen, dass für den Aufbau und Betrieb eines soziokulturellen Zentrums in der ehemaligen Kommissbrotbäckerei dem Verein Kulturbäckerei e.V. 150.000 Euro für 2025 bereitgestellt werden

Kinder- und Jugendarmut

Darüber hinaus ist es uns wichtig, die Prävention von Kinder- und Jugendarmut und die Planung weiterer Maßnahmen für Chancengerechtigkeit zu stärken. Hier bedarf es nicht nur dezernatsübergreifender Zusammenarbeit, sondern auch einer Neuaufsetzung des Handlungsplans „Kinderarmut in Mainz“. Um dies schnell umzusetzen, ist eine passende Personalausstattung sicherzustellen.

Kosten für Druck und Porto

Die Digitalisierung der Verwaltung nimmt Fahrt auf, Informationen gelangen immer häufiger digital an die Empfänger. Die Ansätze für Druck- und Portoaufwendungen in den Teilhaushalten sind daher auch im Sinne einer verstärkten Nachhaltigkeit um pauschal 10% abzusenken.

Stellenplan

Der Stellenplan weist eine hohe Zahl an Stellen aus, die aktuell nicht besetzt sind. Dies führt zu einer deutlichen Belastung in der Verwaltung. Für strukturell oder längerfristig nicht besetzbare Stellen müssen Lösungen gefunden werden. Das langfristige Ziel muss es sein, u.a. durch zusätzliche Digitalisierung, effizientere Prozesse und gezieltere Kooperation den Stellenbedarf in der Verwaltung zu reduzieren und so auch die Haushaltsplanung zu entlasten. Diesen Prozess wollen wir zusammen mit der Verwaltung starten. Deshalb sehen wir den Gesamtstellenbedarf von über 4.400 Stellen als nicht zielführend an.

Zusammen mit der Verwaltung wollen wir prüfen, wie die zusätzlichen Stellen, die nicht bereits vom Stadtrat mit dem Haushalt 2024 beschlossen wurden, (Stellenneuanmeldungen Anlage 2) durch Umwandlung bestehender Stellen geschaffen werden können und welche für 2026 zum Stellenplan erneut angemeldet werden sollen. Bis dahin sind alle diese Stellen mit einer

Besetzungssperre zu versehen, die Freigabe dieser Stellen erfolgt im Haupt- und Personalausschuss.

Längerfristige Entlastungspotenziale

Verschiedene Themen, die längerfristige Entlastungen bedeuten können, wollen wir bereits im Rahmen dieses Antrages adressieren. Wir wollen dafür sorgen, dass Mainz langfristig finanziell gut aufgestellt ist. Dazu gehört u.a. auch, dass wir uns wieder um Fördermittel bei EU; Bund und Land zur Finanzierung verschiedener Projekte bemühen.

Klimaneutrale Stadtverwaltung/Energieeffizienz

Zur zukünftigen Einsparung städtischer Energiekosten, Steigerung der Energieeffizienz und Etablierung eines Energiemanagements wird das Projekt klimaneutrale Stadtverwaltung aus dem Masterplan Klimaschutz konsequent umgesetzt.

Anstieg Sozialausgaben

Der Anstieg ungedeckter Aufwendungen der sozialen Sicherung soll in der Finanzplanung ab 2026 auf 1% pro Jahr begrenzt werden.

Gebäudenutzungskonzept

Unsere Stadtverwaltung braucht für ihre Arbeit gute Rahmenbedingungen - dazu gehören auch zeitgemäße Arbeitsplätze. Mit Blick auf den Wandel in der Arbeitswelt, die Fertigstellung des Rathauses, die Vielzahl städtischer Immobilien und ihren Sanierungsbedarfen braucht es ein Konzept zur effizienten Gebäudenutzung für die Stadtverwaltung mit dem Ziel Mietkosten zu senken.

Reform der Gebäudewirtschaft Mainz (GWM)

Eine wirkungsvolle GWM wird auch zukünftig entscheidend sein, um wichtige Projekte der Stadt Mainz zu verwirklichen. Die GWM muss deshalb die Möglichkeit haben, dieser großen Verantwortung weiterhin gerecht zu werden. Wir werden deshalb zeitnah einen ergebnisoffenen Transformationsprozess einleiten.

Ganztagsschule in Angebotsform

Im Rahmen der bundesweiten Umsetzung des Anspruchs auf Ganztagsbetreuung wollen wir weitere Grundschulen zu Ganztagschulen in Angebotsform nach dem Landesmodell weiterentwickeln. Da das Land hierfür die Kosten übernimmt, werden perspektivisch Eltern und der städtische Haushalt entlastet.